

**ANFRAGE** von Nicola Yuste (SP, Zürich), Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich) und Manuel Sahli (AL, Winterthur)

Betreffend Überwachungsmassnahmen im Kanton Zürich

---

Die Schweizer Strafverfolgungsbehörden können zur Aufklärung von schweren Straftaten Massnahmen zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs anordnen. Der Dienst Überwachung Post- und Fernmeldeverkehr (Dienst ÜPF) führt über diese Überwachungen eine Statistik. Wie die jüngste Statistik zeigt, ist die Anzahl der Überwachungsmassnahmen im Jahr 2024 markant gestiegen. Sowohl bei den Echtzeitüberwachungen (+46%) als auch bei den rückwirkenden Überwachungen (+24%) ist ein Wachstum zu verzeichnen. Der stärkste Anstieg betrifft die Antennensuchläufe, deren Zahl sich verfünffacht hat. Auch die Fallzahlen haben sich im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt.

Der Kanton Zürich liegt im kantonalen Vergleich bereits seit einigen Jahren auf den Spitzenplätzen der Statistik und weist deutlich mehr Überwachungsmassnahmen auf als andere Kantone mit grosser Bevölkerung wie Bern oder Waadt.

Vor dem Hintergrund der ÜPF-Statistik bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Seit 2024 beteiligen sich die Kantone pauschal an den Kosten für Überwachungen, indem sie 75 Prozent der Ausgaben übernehmen. Wie hoch waren die Ausgaben des Kantons Zürich 2024 für Überwachungsmassnahmen, die beim Dienst ÜPF angeordnet wurden?
2. Weshalb hat die Kantonspolizei Zürich selbst im Verhältnis zur Kriminalitätsrate und vergleichbaren Kantonen in den letzten Jahren überdurchschnittlich viele Überwachungs-massnahmen in Auftrag gegeben?
3. Wie erklärt die Kantonspolizei den Anstieg von 39% der Anzahl Antennensuchläufe 2024 im Vergleich zum Vorjahr – abgesehen von der Umstellung auf 5G, welche den Anstieg nicht allein erklären kann? (2020: 365, 2021: 409, 2022: 526, 2023: 871, 2024: 1209)
4. Antennensuchläufe zeichnen sich dadurch aus, dass eine grosse Menge von Kommunikationsdaten von völlig unbeteiligten und unschuldigen Bürgerinnen und Bürgern ausgewertet werden. Wie bewertet die Kantonspolizei die Auswirkungen von Antennensuchläufen auf die Grundrechte der Bevölkerung, insbesondere den Schutz der Privatsphäre?
5. In welchem Verhältnis stehen nach Erfahrung der Kantonspolizei die Fahndungserfolge von Antennensuchläufen gegenüber dem grossen Eingriff in den Schutz der Privatsphäre vieler Unbeteiligter?

Nicola Yuste  
Benjamin Krähenmann  
Manuel Sahli